

Eberswalde, 18.02.2025

Niederschrift

159. Vorstandssitzung am 29.01.2025 - öffentlicher Teil -

Zeit: 16.15 Uhr – 17.50 Uhr

Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (**Anlage 1**)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung (Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung)
2. Niederschrift der 158. Sitzung
3. Möglichkeit der Planergänzung zu Vorbehaltsgebieten regional bedeutsames Gewerbegebiet (Rosow, Bernau-Süd)
4. Arbeitsplan 2025, Sitzungsplan 2025
5. Bericht zum Regionalmanagement für die Wasserstoffregion Uckermark-Barnim
6. Bericht zum Regionalen Energiemanagement Uckermark-Barnim und Arbeitsplan 2025
7. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Niederschrift der 158. Sitzung
2. (neu) Personalangelegenheiten
3. Verschiedenes

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung (Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung)

Herr Kurth eröffnet die Sitzung um 16.15 Uhr und entschuldigt sich für den etwas verspäteten Beginn. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 4 stimmberechtigte Vorstandsmitglieder anwesend.

Herr Kurth informiert darüber, dass im nichtöffentlichen Teil ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt (TOP 2 neu) Personalangelegenheiten eingefügt werde.

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

Zu TOP 2: Niederschrift der 158. Sitzung

Herr Kurth informiert darüber, dass bisher keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 158. Sitzung des Regionalvorstandes am 06.11.2024 eingegangen seien und diese damit als bestätigt gelte.

Zu TOP 3: Möglichkeit der Planergänzung zu Vorbehaltsgebieten regional bedeutsames Gewerbegebiet (Rosow, Bernau-Süd)

Herr Kurth erinnert eingangs daran, dass der Vorstand in der Vergangenheit zugesagt habe, sich nochmals mit den regional bedeutsamen Gewerbegebieten zu beschäftigen.

Herr Kather gibt in seinem Vortrag einen kurzen Zwischenstand zur Ergänzung des integrierten Regionalplanes im Themengebiet „Vorbehaltsgebiete regional bedeutsames Gewerbegebiet“ (**Anlage 2**).

Herr Kurth dankt Herrn Kather für seinen Vortrag und fragt, ob es Anmerkungen zum Verfahren gebe.

Herr Dr. Heinrich bittet darum, die Anbindung regional bedeutsamer Gewerbegebiete an vorhandene Stromtrassen als Kriterium mit einzubeziehen, so wie es in Schenkenberg (Amt Brüssow) der Fall sei. Des Weiteren fragt er nach der fachlichen Begründung, warum die Gemeinsame Landesplanungsabteilung so sehr auf den Siedlungsanschluss beharre.

Herr Dr. Zimmermann sagt, dass dies ein Ziel des Landesentwicklungsplanes sei und dass man damit die Zersiedlung der Landschaft verhindern wolle. Wenn es keinen Siedlungsanschluss gebe, müssten neue Straßen gebaut werden und damit habe man hohe Infrastrukturkosten. Daher mache es Sinn, einen Siedlungsanschluss für nichtstörendes Gewerbe zu haben.

Herr Kurth sagt, dass er nochmals daran erinnern wolle, was unter diesem TOP zu behandeln sei. Man habe die Zusage zu erfüllen, dass man im Nachgang des Beschlusses zum integrierten Regionalplan nochmals das Thema regional bedeutsame Gewerbegebiete aufgreifen werde, da im Zuge des Beteiligungsverfahrens einige Stellungnahmen dazu eingegangen seien, die zum damaligen Zeitpunkt nicht zu klären waren.

Herr Christoffers erklärt, dass es sich hierbei um eine Ergänzungsplanung handle und nicht um einen neuen Plan. Spätestens seit Beginn des Netzausbaus hätten sich die Parameter verändert und diese hätten bei der Erstellung des Landesentwicklungsplanes (LEP) noch keine Rolle gespielt. Er plädiere dafür, die Ausnahmemöglichkeiten im LEP sehr großzügig auszulegen.

Herr Kurth konstatiert, dass es keine allgemeine Ergänzungsplanung sei, sondern nur eine Ergänzung zu den regional bedeutsamen Gewerbegebieten.

Herr Kather führt aus, dass bei der Planung die Leitungsinfrastruktur als ein weiterer Standortfaktor mitberücksichtigt werde. Es könne aber auch gut sein, dass diese Bedingung auch noch andere Flächen erfüllen; dies müsse man dann gegeneinander abwägen. Es gebe jetzt schon Vorschläge für 100 ha neue Gewerbeflächen in der Uckermark. Diese müsse man sich am Ende dann alle gegeneinander anschauen.

Frau Henze schlägt vor, als nächsten Schritt nochmals die Gemeinden und Ämter abzufragen, ob es von deren Seite noch mehr Begehrlichkeiten gebe, damit man sich evtl. doppelte Arbeit spare. In der nächsten Regionalversammlung könne dann der Beschluss gefasst werden, dass man zu den regional bedeutsamen Gewerbegebieten eine Ergänzung vornehme.

Herr Kurth bittet die Mitglieder des Vorstandes darum, der Regionalen Planungsstelle den Auftrag zu erteilen, mit den vorbereitenden Arbeiten zu beginnen, also die Gemeinden und Ämter zu befragen, um dann in der nächsten Regionalversammlung einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

(Einstimmig dafür)

Zu TOP 4: Arbeitsplan 2025, Sitzungsplan 2025

Frau Henze erläutert den Anwesenden den Entwurf des Arbeits- und Sitzungsplanes 2025, der allen Mitgliedern des Vorstandes im Vorfeld dieser Sitzung zugegangen bzw. im Mitgliederbereich zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Kurth dankt Frau Henze für ihre Ausführungen und eröffnet die Aussprache zu den vorgeschlagenen Terminen und zum Arbeitsplan 2025.

Herr Christoffers fragt Herrn Dr. Zimmermann, wie die GL zu dem risikobasierten Ansatz des Hochwasserschutzes stehe. In der Vergangenheit sei dies immer ziemlich schwierig gewesen.

Herr Dr. Zimmermann verweist hier auf den Bundesraumordnungsplan, der als Ziel der Raumordnung definiere, dass das Risiko zu prüfen sei. Man diskutiere in der GL gerade darüber, wie dies in der GL zu interpretieren sei.

Herr Kurth stellt fest, dass die Kenntnis über die Überschwemmungstiefen alternativlos sei, denn dies sei die einzige Fragestellung. Im Katastrophenfall sei es unverzichtbar, zu wissen, welche Bereiche zuerst der Unterstützung bedürfen.

Herr Kurth fragt die anwesenden Vorstandsmitglieder, ob sie dem Arbeits- und Sitzungsplan 2025 zustimmen.

(Einstimmig dafür)

Zu TOP 5: Bericht zum Regionalmanagement für die Wasserstoffregion Uckermark-Barnim

Frau Pfeifer gibt einen Rückblick auf die erste Förderperiode des Projektes Wasserstoffregion Uckermark-Barnim (**Anlage 3**).

Herr Kurth dankt Frau Pfeifer für ihren Vortrag.

Frau Hoppe sagt, dass sie sich über das bisher Erreichte in diesem Projekt freue und dass die nächste INKONTAKT vom 11. bis 13. September 2025 stattfinde. Das Thema Wasserstoff treibe sie ganz besonders um, aber man habe diesbezüglich gerade von Seiten einer großen Produktionsanlage einen Dämpfer bekommen, da auf dem Raffineriestandort dieses Thema zunächst beiseitegeschoben worden sei. Trotzdem sei dieses Thema wichtig und die Idee von einem Fahrgastschiff finde sie gut. Allerdings müsse man erst einmal jemand finden, der dies baue und dann noch jemanden, der es betreibe. Frau Hoppe fragt, ob Frau Pfeifer diesbezüglich Kontakt zur Wirtschaftsförderung der Stadt Schwedt gehabt habe.

Frau Pfeifer sagt, dass wahrscheinlich Herr Herrmann den Kontakt gehalten habe und man hinterlegen werde, mit wem er dort gesprochen habe.

Frau Hoppe stellt fest, dass man beim Thema Wasserstoff gerade ein bisschen auf der Stelle trete, aber dass sie es richtig finde, dieses Thema weiter zu treiben und mit diesen kleinen dezentralen Anlagen einen ersten Schritt zu tun.

Herr Dr. Heinrich sagt, dass er beeindruckt sei, welches Netzwerk von Frau Pfeifer und Herrn Herrmann in dieser Zeit entwickelt worden sei und er das Henne-Ei-Problem eigentlich nicht sehe. Das Problem sei tatsächlich, dass die begonnenen Planungen in und um Prenzlau nicht abgeschlossen werden. Daher könne momentan die Erwartungshaltung durch die tatsächliche Wasserstoffproduktion in der Region nicht gedeckt werden. Man müsse die Firmen dabei unterstützen, ihre begonnene Arbeit auch abzuschließen.

Herr Christoffers stellt fest, dass die Technologien vorhanden seien, aber es fehle ein Netzwerk und auch die Bereitschaft zu akzeptieren, dass man hier einen Stoff habe, mit dem man

tatsächlich eine Sektorkopplung erreichen könne. Seitens des MWAE sei am Freitag deutlich gemacht worden, dass für die Wasserstofftechnologien insgesamt im Haushaltsplanansatz rund 100 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden sollen. Er könne nur hoffen, dass man dies in zwei bis drei Jahren hinbekomme, denn wenn es noch länger dauere, würden die Leute nicht nur enttäuscht, sondern sie wenden sich ab. Was in Schwedt passiert sei, finde er auch sehr bedauerlich.

Frau Henze führt aus, dass in Deutschland jedes Jahr 5.700 TWh Strom abgeriegelt würden. Dies bedeute, dass man den Windkraftbetreibern Strom bezahle, diese ihn aber nicht ins Netz einspeisen, da das Netz sonst überlastet würde. Hier habe man doch ein Potenzial, anzusetzen. Warum sollte sich ein Windkraftbetreiber Gedanken darüber machen, die Wasserstoffproduktion aufzunehmen, wenn er den Strom auch so bezahlt bekomme. Damit sei man bei der Regulatorik angekommen. Möglicherweise müsse einfach einmal jemand sagen, man bezahle nur noch das, was man auch abnehmen könne. Deswegen sei es sinnvoll, das Henne-Ei-Thema anzugehen, weil man zumindest in dem Rahmen, in dem diese Projektansätze gedacht seien, z. B. mit einer Vertriebsgesellschaft, zur Lösung beitragen könnte. Soweit sei man mit dem Projekt aber leider nicht gekommen, da es mit dieser Woche zu Ende gehe. Eine Weiterführung sei momentan nicht absehbar. Daher werde Frau Pfeifer ab 01.02.2025 als Regionalplanerin in die Planungsstelle wechseln und Herr Herrmann habe sich eine andere Stelle gesucht, was mit einem erheblichen Verlust von Expertise einhergehe.

Frau Henze bedauert, dass diese Lücke entstehe. Der Verlängerungsantrag für dieses Projekt sei im Mai gestellt worden; es gebe aber eben die Vorschrift, dass man dieses Projekt schlussabrechnen und prüfen müsse. Dann müsse der Verwendungsnachweis bestätigt werden und danach könne erst eine neue Bewilligung erteilt werden.

Herr Kurth lobt abschließend die im Rahmen dieses Projektes geleistete Arbeit von Frau Pfeifer und Herrn Herrmann und fasst das Gesagte nochmals zusammen.

Zu TOP 6: Bericht zum Regionalen Energiemanagement Uckermark-Barnim und Arbeitsplan 2025

Herr Mantei berichtet über seine Arbeit im letzten Jahr und skizziert die anstehenden Aufgaben in 2025 (**Anlage 4**).

Anschließend gibt Herr Mantei bekannt, dass er sich dazu entschlossen habe, sich beruflich zu verändern. Ausschlaggebend war vor allem die Gesamtsituation um die Verlängerung seiner Stelle. Er habe dies auch gegenüber dem MWAE deutlich gemacht. Man habe dies dort nachvollziehen können und man sei auch sehr bemüht gewesen, eine Lösung herbeizuführen. Das MIL habe dieses Ansinnen aber leider nicht unterstützt.

Sollte ein Nachfolger für ihn gefunden werden, der dieses Projekt weiterführe, werde er ihm selbstverständlich seine Unterlagen und Aufzeichnungen zur Verfügung stellen. Er stehe natürlich auch weiterhin für Fragen und Auskünfte zur Verfügung. Abschließend bedankt er sich bei den Kolleginnen und Kollegen der Planungsstelle für die gute Zusammenarbeit, insbesondere bei Frau Henze, die immer einen Weg gefunden habe, seine Anstellung bis zur nächsten Verlängerung seines Arbeitsvertrages zu überbrücken.

Herr Kurth dankt Herrn Mantei für seine Ausführungen und seine geleistete Arbeit in diesem Projekt.

Zu TOP 7: Verschiedenes

Herr Kurth erteilt Herrn Kather das Wort, um zum Thema MORO etwas auszuführen.

Herr Kather berichtet, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim Ende 2024 einen Zuwendungsbescheid für ein Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) erhalten habe. Dieses Projekt werde vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) mit einer Laufzeit von Anfang 2025 bis Mitte 2027 gefördert. Die genaue Bezeichnung dieses Projektes lautet: „Dialogprozess zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes im deutsch-polnischen Grenzgebiet“ und es gehe darum, das Wasser besser in der Landschaft zu halten (**Anlage 5**).

Herr Kurth schließt den öffentlichen Teil der Vorstandssitzung um 17.35 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her, da es keine weiteren Themen unter TOP 7 gibt.

Für die Niederschrift: gez. S. Estel

gez. D. Kurth
Vorsitzender